



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1916

229 (17.5.1916) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-329248](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-329248)

Bezugspreis: Wert 1.10 monatlich, Dringertlohn 50 Pfg., durch die Post einsehl. Postzustellungsgebühr 11.43 im Vierteljahr, Einzel-Nummern in Mannheim und Umgebung 5 Pfg. Anzeigen: Kolonial-Zeile 40 Pfg. Reklame-Zeile 1.20 Mk. Schluß der Anzeigenannahme für das Mittagsblatt morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt nachm. 3 Uhr.

General-Anzeiger



der Stadt Mannheim und Umgebung

Badische Neueste Nachrichten

Täglich 2 Ausgaben (außer Sonntag)

Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung

Täglich 2 Ausgaben (außer Sonntag)

Zweigschriftleitung in Berlin, U.W. 40, In den Zellen 17, Fernsprech-Nummer Telephon-Amt Hansa 497. — Postfach-Nr. 2917 Ludwigshafen a. Rh.

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim; Beilage für Literatur und Wissenschaft; Unterhaltungsblatt; Beilage für Land- und Hauswirtschaft; wöchentl. Tiefdruckbeilage: „Das Weltgeschehen im Bilde“; Technische Rundschau; Sport-Rundschau; Wandern und Reisen sowie Wintersport; Mode-Beilage; Frauen-Blatt.

Nr. 229.

Mannheim, Mittwoch, 17. Mai 1916.

(Mittagsblatt.)

Rußland und Schweden.

Die Befestigung der Mandsinseln.

Seitdem am 2. Mai in der ersten schwedischen Kammer Professor Steffen die aufsehenerregende Interpellation über die russischen Befestigungen auf den Mandsinseln eingebracht hat, hat der russisch-schwedische Gegensatz die Öffentlichkeit Europas aufs lebhafteste beschäftigt. Rußland hat entgegen dem Vertrag von 1856 auf den Mandsinseln Seebefestigungen angelegt. Diese Inseln bilden die Brücken zwischen Rußland und Schweden, die sich „gegen die vitalsten Teile“ Schwedens wendet. Vom befestigten Land beherrscht man außerdem das botnische Meer. Ein befestigtes Land bildet die Voraussetzung für eine russisch-englische Operation gegen Skandinavien. Professor Steffen stellte fest, daß die russischen Befestigungen auf Mands so angebracht sind, daß sie Offensivzwecken dienen können, und daß ihr Hauptzweck darin zu suchen sei, Rußland die Herrschaft über das abgeperrte botnische Meer zu ermöglichen, und er fragte dann, was die Regierung zu tun beabsichtige, um schon jetzt während des Weltkrieges Schweden die Möglichkeit zu sichern, wirkliche Neutralität und vollständige politische Handlungsfreiheit zu bewahren. Wir haben keine genauen Nachrichten über das Schicksal dieser Interpellation, aber wir können sicher sein, daß der von Professor Steffen gestreute Samen auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Wiederholt haben in Schweden Versammlungen stattgefunden, in denen darauf hingedringt wurde, daß die Regierung die Interessen Schwedens gegenüber Rußland wahrnehmen sollte. Ein sehr deutliches Zeichen für den Stand der russisch-schwedischen Beziehungen war die vor etwa 8 Tagen ergangene halbamtliche russische Bekanntmachung, wonach die Gerüchte wegen einer Verschärfung der Beziehungen zwischen Schweden einerseits, Rußland und England andererseits böswillige Erfindungen seien. Es wurde, wie erinnerlich, erklärt, daß der Anlaß zu diesen Gerüchten die infolge des Eisenganges erfolgte zeitweilige Einstellung des Verkehrs zwischen Schweden und Rußland bilden. Es war ein etwas verdächtiges Dementi und deutete zumindest auf eine tiefgreifende Verstimmung und Beunruhigung, der durch die auffällige Erklärung in der russischen Presse entgegengerufen werden sollte. Ob Erfolg erzielt worden ist? Jedenfalls gibt die russische wie die englische Schwedens auszurufen, vielmehr zeigt sie geradezu die nationale Empfindlichkeit der Schweden. So schreibt die Petersburger „Rein. Wrenia“ über die Interpellation Steffens, der Vertrag von 1856 verbiete allerdings Rußland, auf den Mandsinseln Seebefestigungen anzulegen. Der Vertrag sei aber zwischen Rußland einerseits und England und Frankreich andererseits abgeschlossen. Schweden habe somit kein Recht zum Einpruch.

Nicht besser ist die Behandlung Schwedens durch England, wie die folgende Meldung zeigt:

Stockholm, 16. Mai. (W.Z. Nichtamtlich.) Meldung des Schwedischen Telegrammbüros. Wie der Londoner Vertreter von „Stockholms Tidningen“ meldet, hat er auf eine Anfrage vom englischen auswärtigen Amt folgende Erklärung über die Mandsfrage erhalten: Die Agitation, die in der letzten Zeit im Zusammenhang mit der Mandsfrage betrieben worden ist, scheint uns hier von einem nicht schwedischen und gewissermaßen unheimlichen Charakter zu sein. Dies geht aus der Tatsache hervor, daß sich, soweit

wir wissen, die schwedische Regierung seit Beginn der Agitation in dieser Frage nicht an die russische Regierung gemeldet hat. Gäbe die schwedische Regierung dies getan, so sind wir überzeugt, daß die russische Regierung, die in jeder Hinsicht gute Beziehungen zu Schweden wünscht, eine freundschaftliche Auffassung der schwedischen Interessen gegenüber abzugeben würde. — Die Zeitung bemerkt zu dieser Erklärung, daß der indirekte Tadel, der darin gegen die schwedische Regierung gerichtet wird, diese sogar für die Agitation mit verantwortlich machen will, die gleichzeitig als nicht christlich bezeichnet wird. Eine solche Insinuation muß auf das Bestimmteste zurückgewiesen werden, wie es auch jeder Schwede mit Sinn für die Würde seines Landes unbedingt empfinden muß, daß man im englischen auswärtigen Amt überhaupt meint, man könne sich in dieser Weise darüber ausdrücken, welche Anstriche die schwedische Regierung bei einer anderen Regierung gemacht oder nicht gemacht hat.

Von diesem Hintergrund versteht man die heute kommenden Meldungen über einen vereitelten Anschlag auf den König von Schweden, sie klingen im Zusammenhang der hier kurz geschilderten Ereignisse ja durchaus nicht unwahrscheinlich. Rußland und England kennen den politischen Wert als durchaus gebrauchliches Mittel ihrer politischen Zwecke. Daß der König dem Anschläge entgangen ist, wird in Deutschland lebhafteste Freude wecken.

Ein Attentat auf den König von Schweden vereitelt.

Stockholm, 16. Mai. (Frid. Telegraf.) Die die „Mittagblatt“-Zeitung“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, war gegen den König von Schweden in den letzten Tagen ein Attentat geplant. Der König wollte sich gelegentlich bei Courcour Hippique in den Zirkus im königlichen Djurgården in Stockholm begeben. Wenige Tage vorher waren sowohl an den König, wie an den Polizeiminister Warnungen ergangen, welche dahin lauteten, der König möge die Pferdeschau nicht besuchen; es sei gegen sein Leben ein Attentat geplant, das bei Gelegenheit dieses Besuchs zur Ausführung kommen sollte. Es gelang, den König von seinem Vorhaben abzubringen, und die mit der Angelegenheit betrauten Behörden entdeckten tatsächlich eine Verschwörung, die nach der bisherigen Feststellung auf eine von englischen und russischen Agenten vorbereitete Tat führte. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Die in das Komplott Verwickelten verurteilen jetzt den Attentatsversuch den Anarchisten in die Schuhe zu schieben. Da die schwedische Presse über diesen Vorfall nichts veröffentlichte, und nur „Aftonsbladet“ des Komplotts mit wenigen Worten Erwähnung tat, so gelang es, infolge der Unkenntnis der Öffentlichkeit weitere Erhebungen anzustellen.

Berlin, 17. Mai. (Von u. Berl. Büro.) Bei der jüngsten schwedischen Gesandtschaft war gestern eine offizielle Note über das Attentat nicht eingelaufen. Man glaubt auch nicht, daß es zu irgend welchen politischen Ursachen Beziehungen hat. (?)

Eine schwedische Stimme über das deutsch-rumänische Handelsabkommen.

Stockholm, 16. Mai. (W.Z. Nichtamtlich.) „Svenska Dagbladet“ bespricht in einem Leitartikel das deutsche Handelsabkommen mit Rumänien. Das Wort lautet es einen bedeutungsvollen friedlichen Sieg und schreibt:

Jedermann sieht ein, welcher großen Sieg Deutschland hier errungen hat, auch wenn Rumänien sich nie mit einer militärischen Aktion den Mittelmächten anschließt. Mit dieser großen Zufuhr von Getreide und anderen notwendigen Waren aus dem reichen Rumänien wird Deutschlands Aus Hungere hungert noch mehr vereitelt. Zugleich bekommt die deutsche Industrie ein Absatzgebiet für ihre Erzeugnisse. Die englische Blockade gegen Deutschland ist, wie die „Nowoje Wremja“ sagt, hiermit durchbrochen.

Der Erfolg der Oesterreicher in Südtirol.

Berlin, 17. Mai. (Von u. Berl. Büro.) Über den wichtigen Erfolg der Oesterreicher in Südtirol schreibt Major Korak im „Berliner Tageblatt“, nachdem er zunächst darauf hingewiesen hat, daß der nunmehr einjährige Krieg in ein neues Stadium eingetreten sei. Die wichtige Nachricht bringt uns der Generalstabbericht des k. k. Heeres am 15. Mai: Südlich des Eugener Tales, dann auf der Höhe von Silgerau ist die Oesterreich-ungarische Armee zum Angriff übergegangen. Ihre Artillerie hat den Erfolg gehabt die feindlichen Stellungen sturmreif zu machen; das zeigt von der hochgradigen Vorbereitung hinter der Front, wo es möglich war, unbenutzt von den Italienern Angriffsmittel zu sammeln und vorzuführen. Die erste feindliche Stellung ist in den Händen unserer Verbündeten. Wenn man die Schwierigkeiten der Kriegsführung in Südtirol zu würdigen versteht, so war man diesen Erfolg für bedeutend halten. Er zeigt für die schwere und überlegene Kraft der Angriffsbewandlung. Mit unseren tapferen Verbündeten freuen wir uns des Erfolges. Wir können nicht anders als die Verbündeten Italiens preisen, welches die Angebote Oesterreich-Ungarns im vorigen Jahre zurückwies. Keines größeren Dienst konnte es Oesterreich-Ungarns Ansehen in der Welt erweisen.

Im „Lokal-Anzeiger“ wird ausgeführt: In dem ganzen Raume vom Etschtale bis südlich Rovereto, über das Terragnolotal bis südlich des Eugener Tales wurden mit starkem Schläge die ersten Anstöße der Sperre der oberitalienischen Ebene gerichtet. Die Jöhlen der Gefangenen und die Beute sind für Gebirgs-kämpfe außerordentliche zu nennen. Es würde natürlich verfrüht sein, dem Vorgang in Tirol eine allzu große Bedeutung beizumessen, aber das Gesamtbild der Ereignisse vom 15. Mai berechtigt uns zu der Annahme, daß die Lage für eine nochmalige Offensive der Italiener jedenfalls sehr wenig Aussicht bietet.

In der „Wolfschen Zeitung“ widmet ein militärischer Mitarbeiter unseren tapferen Bundesgenossen einen Artikel, in dem es heißt: Die Rollen werden getauscht. Italien ist nicht mehr der Angreifende, sondern der Angegriffene. Am Plateau von Dobberdo folgte der Landsturm von Eger neuen Ruhm zum alten. Den Hauptschlag führten unsere Verbündeten in dem vorspringenden Teil ihrer Front in Südtirol, südlich und östlich Trient. Der Hochgebirgskrieg schien in den letzten Monaten mehr und mehr zu einer Art Sport zu werden. Im Schnee und Eis und auf Gemensabden konnten nur kleine Abteilungen operieren und demgemäß auch nur kleinere örtliche Erfolge erringen. Nun so höher ist der jetzige, besonders der aus-gewachsenen, schweren Oesterreich-ungarischen Artillerie zu verdankende Erfolg einzuschätzen.

Kriegsziele und Friedensfrage. Wiener Deutungen der Äußerungen Greys.

Budapest, 16. Mai. (W.Z. Nichtamtlich.) Der „Reiter Lloyd“ meldet aus Wien: Die Äußerungen Sir Edward Greys gegenüber dem Vertreter der Chicagoer „Daily News“ worden in unterrichteten Kreisen als ein Beweis dafür erachtet, wie sehr sich Grey durch den ihm und der Entente gemachten Vorwurf der Verschleppung des Krieges getroffen fühlt. Der englische Staatsmann spricht wesentlich gedämpfter und maßvoller, als dies bei den führenden englischen Staatsmännern noch vor wenigen Monaten üblich gewesen ist. Insbesondere findet er es nicht mehr für getrennt, sich öffentlich zu dem gegen Deutschland und unsere Monarchie gerichteten Zerstörungsgedanken zu bekennen. Ein Programm aber hat der englische Staatssekretär des Äußeren in seinem Interview scharf entworfen, und die Deutung, als ob er sich die Beendigung des Krieges im Wege einer internationalen Konferenz vorstelle, ist kaum gerechtfertigt. Dies ergibt sich auch aus der Ansprache des Präsidenten Poincaré an die leitenden Mitglieder in Nancy. Der Präsident der französischen Republik, der doch schwerlich nicht Lust haben dürfte, sich in Bezug auf die Mittel, wie zum Frieden zu gelangen wäre, in einen wesentlichen Gegensatz zu England zu begeben, ist den jeglichen Konferenzgedanken weit entfernt. In seiner Rede findet man nicht einmal die leiseste Spur von Verschuldlichkeit, die man bei gutem Willen allenfalls in den Worten Greys zu entdecken vermöchte. Herr Poincaré wird seine Gründe haben, warum er den wilden Mann spielt, wie Grey die seinen haben wird, die es ihm richtig erscheinen lassen, eine um eine Ruance verführbar klingende Wolke einzufügen.

Französische Kazererien.

Bern, 16. Mai. (W.Z. Nichtamtlich.) In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des „Corriere della Sera“ erklärte der französische Minister Clementel, im Grande genommen, sei Deutschland gewillt, heute den Angriff einzustellen, um die Wiederaufnahme des Wirtschaftskrieges zu organisieren. Selbstverständlich sei Deutschland, das sein Heer in gleicher Stärke wie früher und alle militärischen Organisationsmöglichkeiten beibehalten bereit, den Angriff bei Gelegenheit der unter Ausnutzung der jetzigen Erfahrungen zu erneuern. Der Wirtschaftskampf bereite also das Feld für einen künftigen militärischen Angriff vor, wie es auch vor August 1914 gewesen sei. Dagegen müsse sich der Viererband, solange es Zeit sei, wähen, das heißt während der Dauer des Krieges, solange es in der Nacht des Viererbandes sei, den Krieg fortzuführen. Deutschland sei und dürfe nicht Herr über Krieg und Frieden sein. Deutschland habe den Krieg gewollt, als andere ihn nicht wollten. Heute, da Deutschland ihn nicht mehr wünsche, wohl aber die Allierten, müsse es ihn erlauben. Die vollständige Erschöpfung der deutschen Angriffskraft sei die Vorbedingung für das Ausbleiben des Krieges, was bis heute nicht der Fall sei. Solange dies nicht eingetreten sei, würden die Allierten wohl daran tun, sich militärisch und wirtschaftlich für die Gegenwart und Zukunft zu organisieren.

Bern, 16. Mai. (W.Z. Nichtamtlich.) Der „Figaro“ schreibt Alfred Capus zur Rede des Präsidenten Poincaré an die leitenden Mitglieder:

Die Rede in Nancy kam gerade zur rechten Zeit, nach solchen Vorfällen, wie sie jetzt glücklicherweise beendet sind, die aber die Deffinitivität angibt. Nun könnte ein unruhiger Geist sagen: Das sind Worte, was wir brauchen, sind Taten! Die Wendung wäre richtig, wenn so feierliche Erklärungen, wie die des Staatsleiters in Nancy, nicht sichere Zeugen dafür wären, daß die Anstrengungen des ganzen Landes heute auf die höchste Straffentfaltung gerichtet sind. Es ist sogar ein Hauptvorteil der Worte, die von oben kommen, daß sie einen Vertrag zwischen dem Regierenden und dem Lande feststellen, der von keiner Seite verletzt werden darf.

Englands Schuld an der Kohlenkrise in Frankreich.

Paris, 16. Mai. (W.Z. Nichtamtlich.) Im „Journal“ behauptet Georges Prade die Kohlenkrise an der Hand statistischer Aufstellungen, aus welchen hervorgehoben werden mag, daß der Preis für die Tonne Kohle von Cardiff nach Le Havre, die im Frieden 43 Francs kostete, auf 140 Francs gestiegen ist. Nachdem er betont, daß von der gegenwärtigen Haupte Frankreich nicht den geringsten Vorteil habe, schließt er mit folgenden Worten: Frankreich führt heute wie früher 20 Millionen Tonnen Kohle ein, für welche die Schiffreederei im Frieden 100 Millionen Francs Transportkosten erzielte. Heute streifen sie 1340 Millionen Francs ein. Da muß es für das Recht, sich zu wehren, Östern geben, da so viele andere nur das Recht haben, sich tödlichen zu lassen. England, das allein den kostbaren Brennstoff besitzt, ohne welchen die Transportdamper nicht verkehren können, muß ihn für diejenigen reservieren, welche diese Schiffe benutzen, und ihn denen vorbehalten, die Mißbrauch damit treiben. England ist es, das die Kohlenkrise in Frankreich lösen muß, indem es Frachtschiffe einführt und die Kohle denjenigen neutralen Ländern betreibt, die sich den Höchstpreisen nicht unterwerfen wollen.

Ein Rat für Luftwesen in England

London, 16. Mai. (W.Z. Nichtamtlich.) Times meldet: Die Regierung hat beschlossen, kein Ministerium für den Luftdienst zu errichten. Der Beschluß wird heute im Unterhaus bekannt gemacht. Die Regierung will einen gemeinsamen Rat für das maritime und militärische Luftwesen einsetzen unter Leitung von Sachverständigen mit einem Ministerium, der namens des Rats im Parlament auftreten soll.

Der Untergang eines französischen Luftschiffes bei Sardinien.

Bern, 16. Mai. (W.Z. Nichtamtlich.) Wänternachrichten zufolge handelt es sich bei dem Ballonabsturz nahe Sardinien um das französische Marineluftschiff „L.“, das vom Flughafen Corsica in der Richtung auf Ajaccio abgestiegen war. Aus unauferklärter Ursache stürzte das Luftschiff in Flammen ab, ob. Zu den Befahrungsoffizieren gehörten Frequentadon Borchheim de Saizieu als Führer, Capitann Goussin und Schiffslieutenant Deler. Es konnten nur Fesseln der Ballonhülle geborgen werden.

Der Krieg in den Kolonien.

Napstadt, 15. Mai. (W.Z. Nichtamtlich.) Amlich wird aus Lorenzo Raffanes gemeldet: Die Deutschen griffen mit 2 Wachstengeschützen und 100 Eingeborenen am 8. und 12. Mai den portugiesischen Posten Nkifa am Koumafluß an. Sie wurden zurückgeschlagen. Die Portugiesen hatten einen Toten. Von dem übrigen Kouma-Abchnitt wird Gesehener gemeldet. Die Verluste sind beiderseits gering.

Die Tabaksteuervorlage.

Die Steuerkommission des Reichstags hat sich bekanntlich in den letzten Wochen bis einschließlich vergangener Donnerstag, mit der Regierungsvorlage, betreffend: Tabaksteuer und Zigarettensteuer, beschäftigt. Inzwischen einigte man sich in dieser Kommission darüber, die Mehrbelastung der Zigaretten im wesentlichen nach der Regierungsvorlage anzunehmen. Dagegen wurde eine Ertragung über die Tabaksteuervorlage, die bekanntlich eine Mehrbelastung von ca. 70 Millionen vorsieht, nicht herbeigeführt. Von den bürgerlichen Parteien war es die fortschrittliche Volkspartei, die diesem Gesetzentwurf, wenn auch nicht ablehnend, so doch gewisshin unbestimmt gegenübersteht. Zentrum, Konfessionelle, Nationalliberale und deutsche Partei sind gewillt, sich auf den Boden der Regierungsvorlage zu stellen, sofern eine Übereinstimmung mit der fortschrittlichen Volkspartei herbeizuführen ist. Schatzsekretär Dr. Helfferich gab die Erklärung ab, daß die verhandelten Regierungsvor-

bei prinzipieller Annahme des Gesetzes von der Erhebung des erhöhten Wertzolls, von 25 Prozent, bis zum Eintritt normaler Tabakpreise Abstand nehmen würden. In diesem Falle würde der Reichskongress ermächtigt sein, das Inkrafttreten dieser 25 Prozent Wertzoll zu bestimmen.

Würde auf dieser Basis der Gesetzentwurf zur Annahme gelangen, so wäre während der Dauer des Krieges die Belastung für die Zigarettenherstellung, Rauch-, Raup- und Schnupftabak, eine ermäßigte, indem der Zoll von 85 auf 130 und die Zinsabgabe von 57 auf 75 per 100 Rilo erhöht wäre.

Nicht man in Verordnung, daß zu 1000 Zigaretten 15 Pfund ausländischer Tabak verbraucht werden, so würde die Befüllung pro Tausend 3,375 Rl. betragen, bei Zinsabgabe nur 1,85 Rl. pro Tausend Zigaretten. Diese Mehrbelastung wird reichlich ausgeglichen durch den Mehrwert in Zigaretten, die dem Zigarettenfabrikanten früher zu 20 Pfund und jetzt mit 1,25 Rl. bis 1,30 Rl. pro Pfund bezahlt werden.

Man sollte annehmen, daß angesichts dieser, gewisshin beträchtlichen, Mehrbelastung das gesamte Tabakgewerbe sich mit dieser Lösung der Frage einverstanden erklärt, allein dies scheint bei einem Teil derselben nicht der Fall zu sein. Wir glauben diese Stellungnahme als eine recht kurzfristige bezeichnen zu müssen, da zu einer früheren Zeit das Tabakgewerbe keinesfalls so günstiglich davonkommen dürfte wie jetzt vorzugehen.

Die führenden Kreise des deutschen Tabakgewerbes wären mit der Verabschiedung des Gesetzes in der vorhergedachten Haltung einverstanden, weil dadurch spätere Bemühungen obsolet sind. Außerdem sind diese der festen Überzeugung, daß in der Jetztzeit, wo die Fabrikate sehr begehrt und schmalen Absatz finden, die nicht allzugroße Mehrbelastung leicht auf den Konsum abzuwälzen ist. Auch wären Arbeiterentlohnungen in der Jetztzeit völlig ausgeschlossen, eine Ansicht, die auch der sozialdemokratische Abgeordnete Dejmant, der Führer der Zigarettenarbeiter in der Tabak-Fabrikationskommission, vertreten hat.

Das Schicksal des Gesetzentwurfs steht in den Händen der fortschrittlichen Volkspartei. Wir glauben, daß diese die Verantwortung für Ablehnung der Vorlage nicht übernehmen wird, weil sie sich im Gegensatz zu den weitblickenderen Interessenten stellen würde.

Wenigstens die gesamte tabakbauende Bevölkerung Annahme der Regierungsvorlage, weil diese deren berechtigten Wünsche, den Schutz des inländischen Tabakbaues vorzieht.

Wir geben der Hoffnung Raum, daß bei den jetzt stattfindenden Eingangsverhandlungen der bürgerlichen Parteien die Tabaksteuerfrage ihre Lösung findet und die Bemühung des Tabakgewerbes aufhören wird.

Die Sicherstellung der Volksernährung.

Wer wird Lebensmittel-Diktator?

Berlin, 17. Mai. (Kon u. Berl. Büro.) Als künftigen Lebensmitteldiktator nennt das Berliner Tageblatt in erster Linie den Oberpräsidenten der Provinz Pommern Wilhelm von Waldow. Er war früher Oberpräsident in Posen und vorher Regierungspräsident in Königsberg. Viele Jahre hindurch galt Waldow auch als Ministerkandidat.

Übermäßiger Gewinn.

Böln, 15. Mai. In der heutigen Schöffengerichtssitzung machte der Beschuldigte, Amtsgerichtsrat Dr. Klippers, geltend, daß eine Strafsache den übermäßigen Gewinn betreffend folgende Ausführungen:

Der Umfang des Begriffes des übermäßigen Gewinnes ist zu umgrenzen nach der Strafandrohung der Bundesratsverordnung vom 21. Juli 1915 für Preußen, die unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse, insbesondere der Marktlage, einen übermäßigen Gewinn enthalten und nach dem Zwecke der Verordnung die Verbänder vor Überforderungen schützen. So erhält der Richter die Meinung, bei seinen Entscheidungen die Lage Deutschlands, dessen gesamte Verhältnisse in diesem Zeitraume ungeeigneten Maßen und Folgen zugrunde zu legen, die gebietet verlangen, daß der Einzelne, wie er vor dem Kunde alles vermag, auch im wirtschaftlichen Leben seine, das Allgemeinwohl schützenden Sonderinteressen hinter die der Allgemeinheit stellt. Damit sind folgende in der diesseitigen Rechtsprechung gesagten Folgerungen gegeben: 1. Jeder über einen normalen Friedensgewinn hinausgehende, nicht besonders durch Arbeit und Risiko gerechtfertigte Gewinn ist unzulässig. 2. Demgemäß hat sich jeder, auch bei einem Frevelhaft, insbesondere durch Vertriebsweise erhöhten Marktpreis, mit einem mäßigen Gewinn zu begnügen. 3. Jeder zu-

stellige, nur dem Interesse des betr. Händlers dienende und lediglich Preisverbreiter herbeiführende Zwischenhandel, in den in dieser Zeit sich dem Handel oder dem betr. Handelsgewerbe fernliebende, unübliche Verfahren einbringen, wo also der direkte Weg zum Verbraucher bereits offen liegt, ist auch beim geringsten Gewinne, da solcher nach Vorhanden und Ziel gebachter Verordnung eben ein übermäßiger Gewinn ist, strafbar. Hiernach ist also dem Ketten- und Schieberhandel mit den bisherigen Bestimmungen der Bundesratsverordnung betr. übermäßigen Gewinn und folgerichtig auch auf Grund der vom 23. April 1915 zur Herabsetzung unzuverlässiger Personen vom Handel sehr wohl beizutreten. Diese zwei Verordnungen, hiernach ohne Zusatz-Bedenken großartig und dem fürchtbaren Eintritt der Zeit entsprechend angeordnet, bieten neben den Bundesratsverordnungen betr. Höchstpreise sowie betr. unerlaubtes Zurückhalten von Waren ausreichende Handhabe zur Bekämpfung des Kriegswachens. Im Bereich der Schuld einer solchen Minderheit die Spannkraft des Volkes mit erheblichem Druck niederhält, mit vernünftiger Hand auszurufen und so dem ehrsamem Handel freie Bahn zu schaffen, ist das Gebot der Stunde, und wie sehr das unserm Heere, dessen Erfolge in ihrer vollen Wirksamkeit er zu beherzigen vermag, geschildert wird, läßt sich durch Worte gar nicht ausdrücken.

Darf ein Kaufmann seine Butter für seine Kundschaft zurückhalten?

Diese Frage, die das Recht des Publikums auf den Bezug von Butter betrifft, ist vor einigen Tagen vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte in längeren Ausführungen geprüft worden.

Eine bekannte Berliner Butterhandlung hatte, um der Konsumtion von Frauen vor ihrem Geschäfte entgegenzukommen, an ihre Kundschaft Gutscheine ausgegeben, gegen die auf Grund der Butterkarte der Kauf von Butter gebührt wurde. Sie hat infolgedessen abgelehnt, Käufern ohne Gutscheine Butter zu verkaufen.

Die Firma hat hierbei die ihr zugewiesene Menge auch stets verkauft und gegen die Kriegsgesetze nur dadurch verstößt, daß sie die Butter nicht Jedermann, sondern nur einem bestimmten Kreis von Personen abgab.

Das Gericht kam zur Beurteilung der Firma, weil ein Referenten von Butter für bestimmte Personen unzulässig ist. Damit hat das Gericht auch indirekt ausgesprochen, daß der auf eine Lebensmittelkarte Bezugsberechtigte nicht auf einen bestimmten Händler oder Verkäufer angewiesen ist und daß ihm verkauft werden muß, wo die entsprechenden Vorräte vorhanden sind.

Berlin, 16. Mai. (W.Z. Nichtamtlich.) Unter dem Vorsitz des Ministers des Innern findet am 17. Mai vormittags im Reichstagsgebäude eine Besprechung über die Lage der Volksernährung in Groß-Berlin statt. An der Besprechung nehmen neben den Vertretern der Ressorts teil: Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg, der Regierungspräsident von Potsdam, der Polizeipräsident von Berlin, die beteiligten Oberbürgermeister, die Landräte der Kreise Teltow, Niederbarnim sowie die ersten Referenten von Berlin, Charlottenburg, Wilmersdorf, Neukölln, Schöneberg und Wilmersdorf.

Badischer Handelstag.

Am Samstag, den 13. Mai und am Sonntag, den 14. Mai fand unter Beteiligung sämtlicher badischer Handelskammern in Baden-Baden eine Präsidialkonferenz des Badischen Handelstages statt, an der auch Herr Geh. Oberregierungsrat Dr. Schneider vom Großh. Ministerium des Innern teilnahm.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende, Herr Geh. Kommerzienrat Engelhard-Mannheim des 70. Geburtstages des Herrn Syndikus Dr. Planer-Karlruhe.

Darauf wurden zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden Herr Kommerzienrat G. W. Weier-Burgheim und zu Schriftführern die Herren Syndikus Schlaug-Freiburg und Syndikus Dr. Förster-Schopfheim gewählt und in die Tagesordnung eingetreten.

1. Die Kleinhandelsausführung des Badischen Handelstages vom 14. Mai, wobei ein besonderer Bericht erfolgt, wurde vorbereitet und am Tage darauf zu den dort gefassten Beschlüssen Stellung genommen.
2. Herr Dr. Gerard-Mannheim berichtete über Lieferungsangelegenheiten, insbesondere über die Tätigkeit der Verteilungstelle des Badischen Handelstages bei der Handelskammer Mannheim und der Geschäftsstelle in Berlin, ferner über die geplante Errichtung einer neutralen Verteilungstelle für Baden unter Mitwirkung des Großh. Ministeriums des Innern.
3. Herr Syndikus Dr. Blaustein-Mannheim, der Geschäftsführer des Badischen Handelstages, erstattete einen Bericht über Verkehrs- und Wirtschaftsbeziehungen am Oberrhein und Herr Dr. Gerler-Mann-

hang einen Mitbericht über den Stand der Oberrheinshiffahrt. Die Entschärfungen hierzu werden besonders mitgeteilt werden. Über die Kriegsgewinnsteuer wurde von Herrn Dr. Gerard-Mannheim berichtet. Die Präsidialkonferenz nahm zu diesem Punkt folgende Entschärfung an:

Der Badische Handelstag hat mit Bedauern davon Kenntnis genommen, daß die von Handel und Industrie gegen einzelne Bestimmungen des Gewinnersatzes betreffend die Kriegsgewinnsteuer geltend gemachten schwerwiegenden Bedenken bei den Beratungen und Beschlüssen des Reichstagesauschusses nur in ganz unzureichendem Maße Berücksichtigung gefunden haben. Er legt gegen die Erhebung der Abgabefolge, gegen die Einführung einer besonderen Rohreinkommensteuer, gegen die Änderung der Berechnung des früheren durchschnittlichen Geschäftsgewinnes, sowie gegen die Erhebung eines weiteren Drittels des Beitrags aus finanzpolitischen, volkswirtschaftlichen und staatsrechtlichen Gründen Protest ein und richtet an die gesetzgebenden Körperschaften die dringende Bitte, bei der endgültigen Gestaltung des Kriegsgewinnersatzes den berechtigten Forderungen von Handel und Industrie gebührend Rechnung zu tragen.

3. Zum Vorort des Badischen Handelstages wurde die Handelskammer Mannheim bis zur Beendigung des Krieges wieder gewählt.

Eisenbahn- und Schiffsverkehrsfragen im Badischen Handelstag.

Die Präsidialkonferenz des Badischen Handelstages vom 13. Mai in Baden-Baden hat nach einem Bericht des Herrn Syndikus Dr. Blaustein-Mannheim über Verkehrs- und Wirtschaftsbeziehungen am Oberrhein folgende Entschärfung angenommen:

Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit größter Sparsamkeit, auf die Abmähung der Verkehrsmittel, die Unzahl der vorhandenen Verkehrspunkte, die Wichtigkeit des Verkehrswezens für die Gestaltung der künftigen mittelständischen Arbeitsgemeinschaft und für unsere weitere Versorgung mit Rohstoffen und Lebensmitteln, ersucht der Badische Handelstag die Großh. Regierung, sich mit den anderen Bundesstaaten insBerechnen zu setzen, um eine einheitliche Verkehrsleitung auf den Eisenbahnen und Wasserstraßen unter möglicher Ausnutzung der letzteren anzubahnen.

Soweit ein Zusammenhang oder beteiligten Staaten nicht erreichbar ist, sollten mindestens die süddeutschen Bundesstaaten mit Rücksicht auf die mitteleuropäischen Verkehrspläne und, um sich die wirtschaftlichen Vorteile des Großverkehrs nutzbar zu machen, in ihrer Eisenbahn- und Wasserstraßenpolitik zu einem einheitlichen Vorgehen gelangen.

Der Badische Handelstag begrüßt alle Bestimmungen nach größerer Vereinheitlichung im Verkehrswezen, insbesondere im Eisenbahnverkehr, ferner die beabsichtigte Gründung eines Reichs-Domänenvereins und erwartet, daß Eisenbahnen, See- und Binnenwasserstraßen und -Häfen künftig lediglich unter dem Gesichtspunkte gemeinsamer, größtmöglicher wirtschaftlicher Ausnutzung unter Ausschaltung betriebl. und wirtschaftlicher Gegensätze und unter Heranziehung der beteiligten Kreise veranlaßt werden.

Einen Mitbericht erstattete Herr Dr. Seitzler-Karlruhe über den Stand der Oberrheinshiffahrt.

Die Präsidialkonferenz beschloß die Großh. Regierung auf die Dringlichkeit des Ausbaues des Oberrheins hinzuwirken mit der Bitte, auch während des Krieges die Vorarbeiten hierfür nach Möglichkeit zu fördern. Gleichzeitig brachte sie die Erklärung der Vollversammlung des Badischen Handelstages vom 7. Mai 1914 wieder in Erinnerung, die lautet:

Der Badische Handelstag dankt Herrn Geh. Oberbauamt Dr. Ing. Sumpfer-Berlin für seine überzeugenden Ausführungen über das Projekt der Schiffbauernachung des Oberrheins. In ihnen ist sowohl die technische Durchführbarkeit des großartigen Planes als auch dessen Wirtschaftlichkeit einwandfrei nachgewiesen. Die Besammlung beschloß einstimmig die baldige Verwirklichung dieses Planes, den wirtschaftlich bedeutendsten Strom Europas bis zum Bodensee der Großschiffahrt zu erschließen. Sie erwartet hieron und von der damit verbundenen Ausnutzung der gewässigen Wasserkräfte eine mächtige Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des gesamten Oberrheingebietes.

Tagung des Kleinhandelsauschusses des Badischen Handelstages in Baden-Baden.

Unter sehr lebhafter Beteiligung aus allen Gegenden des badischen Landes wurde am 14. Mai 1916 im Bürgerausschußsaal des Rathauses zu Baden-Baden eine Kleinhandelsausführung des Badischen Handelstages unter dem Vorsitz des Herrn Geh. Kommerzienrats Engelhard-Mannheim und des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn Stadtrat Erzel-Karlruhe und in Anwesenheit des Herrn Geh. Oberregierungsrat Dr. Schneider vom Großh. Ministerium des Innern, der Bad-

Handels- und Industrie-Zeitung

Oesterreichs Landwirtschafts-politik nach dem Kriege.

Der Reichstagsabgeordnete Ferdinand Ritter von Pantz hat unter dieser Überschrift beim 'Leykam'-Verlag in Graz ein bemerkenswertes Buechlein erscheinen lassen...

Er weist zunaechst nach, dass das geltende Wirtschaftssystem im Getreidebau keine Produktionsvermehrung, wohl aber eine ungeheure Preissteigerung herbeifuehrt habe...

Aemflich war auch der Einfluss auf die Viehproduktion. Die Zahl des Rindviehs z. B. hat in Oesterreich 1900-1910 von 9 507 000 auf 9 160 000 Stueck abgenommen...

Es habe mit anderen Worten sowohl in der Getreide- als in der Viehproduktion keine Vermehrung der Menge stattgefunden...

Die Sorge fuer die Konsumenten werde in der Zukunft an Bedeutung gewinnen. Die Organisation der Volksernaehrung werde eine wichtige Aufgabe der Regierung bleiben...

Nach dem landwirtschaftlichen Ausfuhr nach dem Deutschen Reich, die sich mit 58 v. H. der Gesamtausfuhr bezieht...

Der Verfasser tritt dann fuer eine Zollunion mit dem Deutschen Reich ein, deren Schwierigkeiten er allerdings nicht eroertert...

kungen eine solche Maassnahme auf die deutsche Landwirtschaft ausueben wuerde...

Ausfuhrzoll auf Palmkerne und andere Nuesse und Saaten...

WTB. London, 16. Mai. (Nichtamtlich.) Meldung des Reuterschen Bueros. Das Komitee unter dem Vorsitz des Untersekretars des Kolonialamtes...

Außerordentlich schnelle Zunahme der Passivität der russischen Handelsbilanz.

Nach den vorläufigen Feststellungen des Zoll-departements übersteigt laut 'Birshewija Wjedomost' vom 3. Mai die Wareneinfuhr nach Holland...

Falsche Geruechte ueber die Reichs-bekleidungsstelle.

WTB. Berlin, 16. Mai. Ueber die Reichsbekleidungsstelle und ihre voraussichtliche Taetigkeit waren in den letzten Tagen Nachrichten im Umlauf...

Düsseldorfer Rohrenindustrie, Düsseldorf.

Die Uebertragung des Gesamtvermoegens auf die Geisenkirchener Bergwerks-Gesellschaft erfolgt gegen Gewaehrung von M. 3 500 000...

Waffenfabrik Mauser A.-G., Oberndorf.

Nach den jetzt bekanntgegebenen Abschlussziffern fuer 1915 betrug der Betriebsueberschuss M. 2 721 569...

Schlesische Elektrizitaets- und Gas-A.-G., Breslau.

WTB. Berlin, 16. Mai. In der heute abgehaltenen Aufsichtsratssitzung der Schlesischen Elektrizitaets- und Gas-Aktiengesellschaft...

Finanzen.

Vom bargeldlosen Zahlungsverkehr. Wie wenig Beachtung die Mahnungen zur weitem Ausdehnung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs...

diesem Werk werden Postschecks, die fuer gelieferten Strom in Zahlung gegeben werden, einfach zurueckgewiesen...

Wie Holland sich um die Zinszahlung zu druecken sucht.

Wie der R. B. Z. aus Amsterdam gemeldet wird, hat die russische Finanzverwaltung ebenfalls eine ganze Reihe von Veraehrungen bezueglich der Auszahlung der russischen Staatsschuld-Zinnscheine...

Von den russischen Kriegsanleihen.

Wie die 'Gazette Financiere' aus Petersburg meldet, hat die Russische Staatsbank ihre Zweiganstalten benachrichtigt, dass zahlreiche Besitzer russischer Kriegsanleihen...

Wochenanalyse der russischen Staatsbank vom 14. Mai 1916.

Table with 2 columns: Aktiva (Aktives) and Passiva (Passives). Rows include gold, foreign currency, reserves, and other assets/liabilities.

Wiener Effektenbörse.

Wien, 16. Mai. Im privaten Boersenverkehr hatte die Ruecksicht auf die Warnungen vor spekulativen Uebertreibungen in Berlin...

Amsterdamer Effektenbörse.

Table with 4 columns: Date (16. Mai), Time (10h, 11h), and various stock market data points.

Pariser Effektenbörse.

Table with 2 columns: Date (16. Mai 1916) and various stock market data points.

Landwirtschaft.

Erste Ergebnisse in Rumänien im Jahre 1915. Das Ackerbau- und Domänenministerium hat im Rumänischen Staatsanzeiger...

Gerste 10 109 752 hl, Hafer 10 238 548 hl, Mais 30 451 520 hl, Hirse 582 876 hl, Buchweizen 2643 hl...

Kriegswirtschaftl. Maßnahmen.

Wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen gegen Portugal.

Das bisher in Geltung befindliche Zahlungsverbot gegen England wird, nach einer vom Reichskanzler...

Warenmärkte.

Preishebung für Schiefersteine.

Wie aus Leipzig berichtet wird, erhoehet der Verband deutscher Schiefersteinfabriken...

Amsterdamer Warenmarkt.

Table with 2 columns: Date (16. Mai) and various commodity prices like sugar, coffee, etc.

Letzte Handelsnachrichten.

Berlin, 17. Mai. (Von uns Berl. Büro.) Aus Dresden wird gemeldet: Die Generalversammlung der chemischen Fabrik v. Heyden...

Verkehr.

Ein neuer Schiffsdienst auf dem Ludwig-Donau-Main-Kanal.

Die der Reedereifirma Carl Preiser & Co., G. m. b. H., Frankfurt a. M., gehoernde Bavarialinie, G. m. b. H., Bamberg...

Schiffbörse zu Duisburg-Ruhrort.

Duisburg-Ruhrort, 16. Mai. (Amtliche Notierungen.) Bergfahrt-Frachtsätze: Mainz-Gustavsburg M. 1,15...

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Mai.

Table with 7 columns: Station (e.g., Hagen), Dates (12-17), and water level observations.

Verantwortlich:

Für den allgemeinen Teil: Chefredakteur Dr. Fritz Goldenbaum; für den HandelsTeil: Dr. Adolf Agthe;

